

Eing. FD 1 : 03.03.2021 



Stadt Osterode am Harz
Herrn Bürgermeister Jens Augat

3. März 2021

Stadt Osterode am Harz wird Sicherer Hafen

Sehr geehrter Herr Augat,

hiermit stellen die Gruppe SPD / BÜNDNIS 90 Die Grünen sowie die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Osterode am Harz den folgenden Beschlussantrag:

1. Sicherer Hafen

Die Stadt Osterode am Harz erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Die Stadt Osterode am Harz positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv.

3. Aufnahmezusätzlich zur Quote

Die Stadt Osterode am Harz stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Osterode am Harz mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium sowie dem Landkreis Göttingen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme

Die Stadt Osterode am Harz begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Land Niedersachsen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die

deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

- a. Die Stadt Osterode am Harz fordert die Regierung des Landes Niedersachsen auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz einzuführen und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.
- b. Die Stadt Osterode am Harz fordert die Regierung des Landes Niedersachsen und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

5. Solidarische Kommune

Die Stadt Osterode am Harz tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

6. Kommunales Ankommen gewährleisten

Die Stadt Osterode am Harz sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

7. Kommunales Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Die Stadt Osterode am Harz setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

8. Transparenz

Die Stadt Osterode am Harz veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicherer Hafen wird. Sie informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.

Begründung

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel.

Wir wissen um die weltumspannenden Zusammenhänge von Fluchtursachen zwischen Menschenverachtung, Machtstreben, Geldgier, verbrecherischem Handeln in vielfältigster Art und Weise und von der oft nicht zu begreifenden Unfähigkeit von Staaten, solidarisch zu handeln.

Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen müssen umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der sogenannten "libyschen Küstenwache" verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

Da es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, sind alle Ebenen der Politik – mithin auch wir als Stadt Osterode am Harz – aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten, die unserem Anspruch an Humanität sowie unserem Verständnis der gleichen Würde aller Menschen gerecht werden.

Wir werden nicht die Augen verschließen, wenn Menschen im Meer ertrinken, weil sie auf der Flucht vor einem für sie nicht zu ertragenden Leben in ihren Heimatländern sind. Wir haben Hochachtung und großen Respekt für die Menschen, die gegen viele Widerstände versuchen, diesen Menschen zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen,



Jörg Hüddersen

(Gruppensprecher SPD / BÜNDIS 90 Die Grünen)



Markus Danne

(Fraktionsvorsitzender FDP)